



ArbeitsGemeinschaft
der Familienverbände
in Niedersachsen

AGF Geschäftsstelle · Ehardtstraße 3 A · 30159 Hannover

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Postfach 44 07
30044 Hannover



evangelische arbeitsgemeinschaft familie
Ehardtstraße 3A
30159 Hannover
Tel: 0511 - 3604 235



Familienbund der Katholiken e.V.
Kolpingstraße 14
49377 Vechta
Tel: 04441 - 872 203



Föderation türkischer Elternvereine
in Niedersachsen e.V.
Engelbosteler Damm 7
30167 Hannover
Tel: 0511 - 56868467



Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.
Arndtstraße 29
49080 Osnabrück
Tel: 0541 - 25584

Hannover, den 18.05.2018

12. Sitzung des Kultusausschusses am 25. Mai 2018

hier: Stellungnahme zu diversen Gesetzesentwürfen und Entschließungsanträgen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen (AGF) bedankt sich für die Möglichkeit, zu nachfolgenden Gesetzesentwürfen und Anträgen Stellung nehmen zu können:

- a. zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der CDU – Drs. 18/65 zum
„Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder“
- b. zum Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/169 zum
„Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder“
- c. zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/46
„Erzieherinnen- und Erzieherberuf attraktiver machen - Erzieherinnen- und Erzieherausbildung weiterentwickeln und nicht abwerten“
- d. zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/157
„Kita-Qualität weiterentwickeln - Kita-Qualitätsgesetz in die Tat umsetzen“
- e. zum Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/638
„Kita-Fachkräftemangel bekämpfen - Schulgeldfreiheit und Ausbildungsvergütung für angehende Sozialpädagogische Assistenten und Erzieher“

Vorbemerkungen:

Die in den Gesetzesentwürfen und Entschließungsanträgen dargelegten Begründungen machen deutlich, dass parteiübergreifend erkannt wird, wie wichtig gute Rahmen- und Arbeitsbedingungen für den frühkindlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsbereich sind, damit der von der Politik formulierte Anspruch, jedem Kind individuell schon im frühen Alter gute Startchancen in sein Leben zu geben, realisiert werden kann.

Es ist zu erkennen, dass dieser Arbeitsbereich bei der Nachwuchsgewinnung und -rekrutierung in einem starken Wettbewerb mit anderen Berufszweigen steht – eine Feststellung, die nicht neu ist, aber zunehmend an Dramatik gewinnt. Denn: die Umsetzung der Rechtsansprüche, eine bessere Fachkraft : Kind- Relation, eine Verkleinerung der Gruppengröße und Ausbaupläne werden zur Makulatur, wenn die Fachkräfte fehlen, und politische Absichten laufen ins Leere, wenn es nicht gelingt, die Attraktivität der Ausbildung und der Berufspraxis zu steigern.

Insofern begrüßt die Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände die Bestrebungen der Parteien, hier Schritt für Schritt zu substantiellen Verbesserungen zu kommen und hofft, dass die Regierungsparteien diesbezügliche Vorschläge und Anregungen aufgreifen.

Zu a.)

**Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der CDU – Drs. 18/65 zum
„Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder“**

Die AGF begrüßt, dass Eltern durch die vorgesehene Beitragsfreiheit für das 1. und 2. Kindergartenjahr finanziell entlastet werden. Ob dies zu einer Erhöhung der intendierten Inanspruchnahme einer institutionellen Erziehung, Bildung und Betreuung der 3 bis 6-Jährigen über die derzeit rd. 94% dieser Altersgruppe und zu einer höheren Erwerbstätigkeit, insbesondere von Frauen, führt, bleibt abzuwarten. Oftmals sind es nicht die Kosten, die Eltern veranlassen, ihr Kind nicht in eine Kindertageseinrichtung zu geben, sondern eine bewusste Entscheidung der Eltern.

Eine Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) ist seit vielen Jahren ein Anliegen der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände. Nachdem die Überarbeitung in der letzten Legislaturperiode angekündigt, aber nicht umgesetzt wurde, soll diese nunmehr zeitnah nach der Regierungsbildung erfolgen. Wir bedauern, dass vorrangig die erforderliche Neuregelung des Finanzausgleichs im Zuge der Einführung einer Beitragsfreiheit für das 1. und 2. Kindergartenjahr (vgl. Begründung, A. Allgemeiner Teil) und der Abzug von rd. 500 Lehrkräften mit 14.500 Stunden Sprachförderung zur Lösung einer Unterversorgung an Schulen handlungsleitend sind.

Aus Sicht der AGF darf die Beitragsfreiheit nicht zu einer Verzögerung der überfälligen Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen und der erforderlichen zeitlichen Entlastung sowie fachlichen Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte führen.

Die AGF sieht insbesondere die Gefahr, dass Träger, Einrichtungsleitungen und pädagogische Fachkräfte für die Umsetzung der jetzigen Vorhaben der Landesregierung keine ausreichenden Vorlaufzeiten haben, beispielsweise bei der personellen Ausstattung und Konzeptentwicklung im Zuge der beabsichtigten „Rückverlagerung“ der Sprachförderung in die KiTas.

Darüber hinaus sind unserer Meinung nach die Folgewirkungen einer Beitragsfreiheit auf mögliche zusätzlich erforderliche Platzkapazitäten nicht ausreichend bedacht. Gleiches gilt für Auswirkungen, die sich aus der Flexibilisierung der Einschulung ergeben. Für Eltern, die einen Kitaplatz benötigen und auf eine frühzeitige Zusage angewiesen sind, entsteht eine Unsicherheit, da der Träger vor einer verbindlichen Zusage zunächst abwarten muss, wie sich die betreffenden Eltern der Kinder entscheiden, die unter die „Kannregelung“ fallen.

Aus einer Antwort der Stadtverwaltung Hannover auf eine Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt zum Gesetz zur Änderung des Nds. Schulgesetzes wird deutlich, dass die geplanten Gesetzesänderungen die Stadt als Schul- und Jugendhilfeträgerin vor kaum zu kalkulierende Herausforderungen stellt und aufgrund der beabsichtigten kurzfristigen Umsetzung zum 01.08.2018 nicht garantiert ist, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zur Gänze erfüllt werden kann.

Wir sind der Meinung, dass es für die Lösung der Herausforderungen, die sich durch Struktur- und Personalprobleme sowie die Gewährleistung eines am individuellen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsbedarf orientierten Angebotes ergeben, eines Gesamtkonzeptes bedarf, das sowohl den Aus-, Fort- und Weiterbildungsbereich und die Nachwuchsrekrutierung beinhaltet, als auch konzeptionelle und Finanzierungsfragen umfasst. Durch die alleinige Novellierung des KiTaG in der jetzt beabsichtigten Weise kann dieses nicht geleistet werden.

Im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu § 2

Absatz 1, Satz 3:

Die ergänzend aufgeführten Aufgaben im Rahmen des Erziehungs- und Bildungsauftrags halten wir für sinnvoll.

Absatz 4 neu:

Diese erweiterten Bestandteile eines pädagogischen Konzeptes verstehen wir als Fortschreibung der bereits im Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich niedersächsischer Tageseinrichtungen für Kinder (Lernbereich 4, Sprache und Sprechen), in den Handlungsempfehlungen für die Arbeit mit Kindern unter drei Jahren und in den Handlungsempfehlungen „Sprachbildung und Sprachförderung“ enthaltenen Aufgaben. Dort ist u.a. bereits festgehalten: „*Tageseinrichtungen für Kinder stehen in der Verantwortung, Strukturen und Konzepte zu entwickeln, um diesen zentralen Bildungsauftrag zu realisieren.*“.

Neu ist die verbindliche Vorgabe, die im Interesse der betroffenen Kinder zu begrüßen ist.

Zu § 3

Eine gleiche Verbindlichkeit ist im neu gefassten Absatz 1 enthalten.

Beobachtungen und deren Dokumentation sind seit jeher Grundlagen einer jeden individuellen, auf das einzelne Kind bezogenen, pädagogischen Planung und werden in den Kindertageseinrichtungen bei den Entwicklungsgesprächen mit Eltern herangezogen. Eine spezielle Vorgabe (Sollvorschrift) für die Erfassung der Sprachkompetenz unterstreicht die Bedeutung des Spracherwerbs und der Sprachentwicklung für die frühkindliche Bildung. Gleiches gilt für die Einbeziehung der Eltern / Erziehungsberechtigten. Diese Erkenntnisse sind nicht neu und wurden bereits in den vorgenannten Handlungsempfehlungen detailliert beschrieben: „*Darüber hinaus ist häufig eine gezielte Sprachförderung in besonderen Übungssituationen notwendig..... Differenzierte Vorgehensweisen setzen voraus, dass der jeweilige Sprachstand des Kindes berücksichtigt wird und ggf. die Eltern des Kindes einbezogen werden. Erprobte Beobachtungsverfahren stehen hierfür zur Verfügung.*“.

Neuer Absatz 2, Satz 2:

Hier sollte ergänzt werden: „.....besondere soziale, religiöse und kulturelle Prägung der Familien der betreuten Kinder sowie deren Familiensituation Rücksicht zu nehmen.“

Auch die erforderliche Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit Eltern und die Rahmenbedingungen sind dort bereits aufgegriffen: „*Fachkräfte und Eltern müssen sich als ein Team verstehen, dass die Aufgabe von Sprachbildung und Sprachförderung gemeinsam verantwortet. (...) Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit Eltern ist insbesondere bei Kindern mit besonderem Förderbedarf nicht nur eine wichtige Aufgabe, sondern oftmals auch eine große Herausforderung. Für eine systematische Verankerung von Beobachtung und Dokumentation im pädagogischen Alltag der Tageseinrichtung müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.*“.

Die Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände begrüßt und unterstützt ausdrücklich die Betonung der gemeinsamen Verantwortung von pädagogischen Fachkräften und Eltern. Denn trotz der in den letzten Jahren quantitativ ausgebauten öffentlichen Bildung und Erziehung in der Altersgruppe der ein- bis sechsjährigen Kinder sind Eltern die primären Bezugspersonen, denen nach Artikel 6 des GG das natürliche Recht für Pflege und Erziehung der Kinder und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht zugesprochen wird.

Damit Eltern -unabhängig vom Wohnort in Niedersachsen- auf eine vergleichbare Vorgehensweise der pädagogischen Fachkräfte und vergleichbare Angebote vertrauen können, muss mit den Vorgaben des Landes auch die Schaffung verbesserter Arbeitsbedingungen für die pädagogischen Fachkräfte verknüpft

werden. Hierzu gehört sowohl eine gut ausgestattete (trägerspezifische) Fachberatung als auch die Erhöhung entsprechender Zeitvolumina, insbesondere bei den Verfügungszeiten für die Vor- und Nachbereitung.

Der in § 18 a, Abs 2, vorgesehene Anteil für Fachberatung und Qualifizierung der Fachkräfte von bis zu 15 vom Hundert der nach Satz 1 zugewiesenen Mittel ist hierfür zu gering veranschlagt.

Zu § 21, Satz 2

Der auf acht Stunden Betreuungszeit begrenzte Anspruch scheint insbesondere für Alleinerziehende zu eng bemessen, so dass auch eine darüber hinausgehende „Randstundenbetreuung“ in den Tageseinrichtungen ebenfalls beitragsfrei sein sollte. Nach Auffassung der AGF muss auch die ergänzende Kinderbetreuung z.B. durch Tagesmütter grundsätzlich in den Blick genommen werden.

Zu b)
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/169 zum
„Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder“

Die im Gesetzentwurf enthaltenen Vorhaben zielen auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und eine sukzessive Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine inklusive frühkindliche Bildung ab, was seitens der AGF unterstützt wird.

Insbesondere die Vorgaben für die Personalausstattung und die Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte sowie die Verbesserung bei den Gruppengrößen sind zu begrüßen. Darüber hinaus halten wir die Einbindung von Elternvertreter*innen und die damit einhergehend beabsichtigte überregionale Struktur analog zu den Schul-Elternräten für notwendig.

Im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu § 3,
Abs. 6

Die Sollvorschrift unterstreicht die mit der UN-Behindertenrechtskonvention einhergehenden Intentionen einer gemeinsamen Bildung und Erziehung. Offen bleibt die Frage, welche Regelungen es gibt, wenn Eltern dies für ihr Kind nicht wollen (vgl. die Diskussionen um die Abschaffung der Förderschulen).

Zu § 4,
Abs. 3

Die Zusatzqualifikation führt zu einer Erhöhung der in einem Team vorhandenen Fachkompetenz, was sowohl dem einzelnen Kind als auch dem jeweiligen Team zugute kommt. Umsetzungsschwierigkeiten könnten sich aufgrund fehlender Fachkräfte ergeben.

Abs. 4

Die schrittweise Verbesserung des Fachkraft : Kind-Schlüssels und der Gruppengröße entspricht den seit vielen Jahren vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen und ist ein richtiger Schritt hin zur Qualitätsverbesserung.

Zu § 10

Die verbindliche Einrichtung einer Beteiligungs-, Mitwirkungs- und Entscheidungsstruktur/-kultur wird seitens der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände begrüßt. Hierdurch wird die gemeinsame Verantwortung für ein gedeihliches Aufwachsen von Kindern unterstrichen. Damit Eltern ihre Mitwirkungsmöglichkeiten auch nutzen und sich genügend Eltern für diese Form des freiwilligen Engagements entscheiden, bedarf es bedeutsamer „Entscheidungsgegenstände“ und positiver Erfahrungen in der einzelnen Kindertageseinrichtung. Hilfreich sind hierfür eine entsprechende Verankerung in den Einrichtungskonzeptionen und ein auf Partnerschaft angelegtes Verhalten der jeweiligen Einrichtungsleitung.

Abs.4

Durch die Formulierung „In Gemeinden und Samtgemeinden, die Träger von mehr als zwei Kindertageseinrichtungen sind,...“, könnte den Eindruck entstehen, dass es nur öffentliche Träger gibt. Hier sollten die freien Träger ebenfalls genannt werden.

Zu c)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/46

„Erzieherinnen- und Erzieherberuf attraktiver machen - Erzieherinnen- und Erzieherausbildung weiterentwickeln und nicht abwerten“

Für die Lösung des Fachkräftemangels und eine langfristig stabile Nachwuchsförderung bedarf es eines Bündels von Maßnahmen, bei dem es keine Denkverbote geben sollte. „Reflexartige“ Reaktionen, z.B. im Hinblick auf eine befürchtete Abwertung des Berufs der Erzieher*innen, sind ebenso wenig hilfreich, wie die Ablehnung finanzieller Anreizsysteme für die Anwerbung von pädagogischen Fachkräften.

Der im April von Kultusminister Tonne vorgestellte „Niedersachsenplan – Für mehr Fachkräfte in Kitas“, bestehend aus den vier Elementen

1. Ausbildungszahlen weiter steigern
2. Teilzeit-Variante in der Ausbildung und Vergütung ermöglichen
3. Schulgeldfreiheit umsetzen
4. Quereinstieg erleichtern durch berufliche Vorbildung,

zeigt in die richtige Richtung und ist eine gute Diskussionsgrundlage für weitere Schritte.

Zum Entschließungsantrag im Einzelnen:

Die unter Nr. 1 bis 6 aufgeführten Maßnahmen und Bestandteile eines Masterplans kombinieren die vier Handlungsstränge

1. **Anreizelemente** zur Gewinnung von Nachwuchskräften und Bindung von bereits tätigen Erzieher*innen;
2. **Verbesserung der Ausgangsbedingungen** für potentielle Erzieher*innen (Ausbildungskapazitäten)
3. **Förderung einer Wechselbereitschaft** anderer Professionen und
4. **Minderung finanzieller Belastungen.**

Die Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände unterstützt die Überlegungen von Bündnis 90/Die Grünen und sich hat im Rahmen ihrer Mitwirkung im Landesjugendhilfeausschuss zu diesen Themen mehrfach eingebracht.

Wichtig erscheint uns, dass die Anleitung in den Einrichtungen einen größeren Stellenwert in den Konzeptionen erhält und die Kostenträger ihrerseits den mit einer intensiven Anleitung und Begleitung verbundenen Zeitaufwand berücksichtigen.

Zu d)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/157

„Kita-Qualität weiterentwickeln - Kita-Qualitätsgesetz in die Tat umsetzen“

Die im Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgestellten Forderungen und die in der Begründung dargestellten Sachverhalte werden von der AGF weitestgehend geteilt.

Zum Entschließungsantrag im Einzelnen:

Zu 1.)

Die AGF hält weitere, niedersachsenspezifische Untersuchungen zu den unter Pkt. 1 aufgeführten Bedarfen nicht für erforderlich, da zu diesen Fragen kein Erkenntnisdefizit besteht, aber ein Mangel bei den Rückschlüssen und Handlungen festzustellen sind.

Zu 2.)

Der mit der Ganztagsbetreuung an Grundschulen zusammenhängende Rückgang an Hortbetreuung geht in vielen Fällen einher mit einer großen Spreizung der Qualität bei den Schulangeboten. Aus diesem Grund ist es folgerichtig, diesen Bereich in das KiTaG aufzunehmen und vergleichbare Standards zu definieren.

Zu 3./4.)

Bei einem Bundesgesetz, das die Qualität der Arbeit von KiTas beschreibt, wäre darauf zu achten, dass sich für Länder keine Möglichkeit der Qualitätsabsenkung gegenüber derzeitigen Standards eröffnet. Eine entsprechende Zweckbindung von Bundesmitteln, z.B. für Fachberatung und zur Aufstockung von Verfügungs- und Leitungszeiten wäre ein wichtiger Schritt für die KiTa-Praxis.

Zu 5.)

Die Landesregierung hat zwischenzeitlich einen Gesetzesentwurf vorgelegt, bei dem jedoch Nachbesserungsbedarf besteht. Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren immer weiter gestiegenen Erwartungen der Politik und Gesellschaft an die Träger von Kindertageseinrichtungen und das pädagogische Personal, verbunden mit einer Ausweitung der Aufgaben, kommen den Verfügungszeiten für Vor- und Nachbereitung, der Fort- und Weiterbildung sowie der Begleitung und Unterstützung durch eine (trägerspezifische) Fachberatung eine besondere Bedeutung zu.

Bei der Novellierung des KiTaG sind daher dementsprechende Regelungen, die auch finanzrelevant sind, zu berücksichtigen.

Zu e.)

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/638

„Kita-Fachkräftemangel bekämpfen - Schulgeldfreiheit und Ausbildungsvergütung für angehende Sozialpädagogische Assistenten und Erzieher“

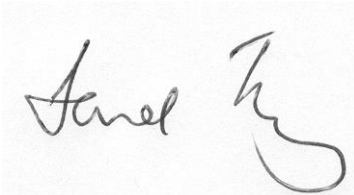
Die Forderungen des Entschließungsantrags werden von der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände geteilt. Neben der politischen Zielsetzung, die Attraktivität der Ausbildung zur Erzieherin / zum Erzieher zu erhöhen, würden die Einführung einer Ausbildungsvergütung und einer Schulgeldfreiheit die finanziellen Belastungen von Eltern verringern. Denn Eltern sind es, die bisher weitestgehend die Kosten für die Ausbildung ihres Kindes zur Sozialassistentin / zum Sozialassistenten bzw. zur Erzieherin / zum Erzieher, einschließlich der Lebenshaltungskosten und eventueller Mietkosten, tragen.

Eine Refinanzierung der Ausbildungsvergütung durch Landesmittel, ggf. unter Einbeziehung von Bundesmitteln, halten wir für unabdingbar.

Die Notwendigkeit zur Ausweitung der Ausbildungskapazitäten ergibt sich zwangsläufig, wenn davon ausgegangen wird, dass sich mehr junge Menschen als bisher für eine Ausbildung zur Sozialassistentin / zum Sozialassistenten bzw. zur Erzieherin / zum Erzieher entscheiden.

Im Zusammenhang mit der angestrebten Ausweitung der Ausbildungskapazitäten ist es wichtig, parallel auch die Studienplätze für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen im Fach Sozialpädagogik aufzustocken. Hierbei wäre zu überlegen und zu prüfen, ob es über die Uni Lüneburg hinaus ein weiterer Standort errichtet werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Heimberg
Vorsitzender